

CDU hält Kühholz für überfordert

Auch der Landrat wundert sich über Nicht-Wissen

HERSFELD-ROTENBURG. Nicht nur Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt (CDU) kritisiert die „Skandalisierung“ der Videoüberwachung an Schulen im Landkreis. Auch die CDU-Kreistagsfraktion übt heftige Kritik am Verhalten der Ersten Kreisbeigeordneten Elke Kühholz (SPD) in der aktuellen Debatte. „Seit drei Jahren trägt Frau Kühholz für die Schulen in Hersfeld-Rotenburg Verantwortung. Seit drei Jahren hat sie dabei offenbar keinen blässen Schimmer, was an unseren Schulen passiert“, erklären Fraktionschef Herbert Höttl und der für Sicherheitsfragen zuständige Kreistagsabgeordnete Timo Lübeck in einer Pressemitteilung.

„Vandalismus bekämpfen“

Beide sehen in der „versuchten Skandalisierung“ eine langfristig geplante Attacke, um das Ansehen des Landrats zu beschädigen. „Es stellt sich die Frage, ob Frau Kühholz noch in der Lage ist, ihre Aufgaben als Schuldezernentin zum Wohle der Schulgemeinschaften zu erfüllen. Wir empfehlen dem Landrat deshalb, die Dezernate Schulimmobilien und Schulverwaltung wieder vollständig zusammenzuführen und in seinen Verantwortungsbereich zu überführen“, heißt es weiter.

Höttl und Lübeck können die Aufregung über die Videoüberwachung nicht nachvollziehen: „Für uns ist sie ein probates Mittel, um Vandalismus zu bekämpfen.“ Die Installation sei in jedem Fall im Einvernehmen mit der Schulleitung getroffen worden. In einigen Fällen hätten sich sogar die Fördervereine an der Finanzierung beteiligt. Zudem habe sich der Kreis mit

der örtlichen Polizeibehörde abgestimmt, die diese Schutzmaßnahme ausdrücklich empfohlen habe. Mit Blick auf die Hinweisschilder an den Schulen meinen die CDU-Politiker: „Einer Schuldezernentin, die ihre Schulen in dieser Zeit schon mehrfach besucht haben sollte, können solche Hinweise nicht entgangen sein.“

Laut Landrat Dr. Schmidt wurde die Videoüberwachung 2004 unter der Zuständigkeit der damaligen Ersten Kreisbeigeordneten Christa Bittner erstmals an der Bebraer Schule eingeführt. Damals lagen die Verantwortlichkeiten für Schulverwaltung und Immobilienmanagement noch in einer Hand bei der Ersten Kreisbeigeordneten. Diese erstmalige Einführung sei eine Grundsatzentscheidung gewesen, seitdem sei das Thema Videoüberwachung Teil der laufenden Verwaltung und bedürfe keiner Beschlüsse durch Kreisgremien.

Die Möglichkeit der Videoüberwachung zur Verhinderung von Vandalismus, Straftaten und sexuellen Übergriffen sei nach Darlegung der Juristen gegenüber dem Landrat im Hessischen Datenschutzgesetz gegeben. Einzelheiten ergäben sich aus dem Hessischen Gesetz über Sicherheit und Ordnung (HSOG). Die Entscheidung liege aber letztlich beim Schulleiter, dem nach dem Schulgesetz das Hausrecht zustehe, erläutert Schmidt, und sagt weiter: „Ich kann nicht verstehen, dass die Erste Kreisbeigeordnete als zuständige Schuldezernentin nichts von dem gewusst haben will, was täglich für Hunderte von Schülern und Lehrkräften offensichtlich ist.“ (red/nm)

Mehr zum Thema: Viele Azubis wollen den Betrieb wechseln

Vertrauen ist wichtig

Sonja Strache begleitet Jugendliche, die Probleme während ihrer Ausbildung haben

VON LARA SASSE

HERSFELD-ROTENBURG. Begeistert spricht die Sozialpädagogin Sonja Strache von ihrer Arbeit. Sie ist Ausbildungsbegleiterin in Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Manchmal beugt sie sich vor, dann erzählt sie etwas, das ihr besonders wichtig erscheint. Dabei flüstert sie fast. Ziel ihrer Tätigkeit ist es Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Eigentlich sollte das Projekt Qualifizierte berufspädagogische Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb (Quabb) in diesem Jahr enden, nun wurde es bis Ende 2014 verlängert.

Wer die Beratung von Sonja Strache sucht, bleibt anonym. Wie lange die Betreuung dauert, liegt an dem Auszubildenden. „Manchen werde auch die ganze Ausbildung begleitet“, sagt die 45-Jährige. Der häufigste Grund, warum Jugendliche ihre Ausbildung abbrechen möchten, seien Probleme im Betrieb. Das können Probleme mit Kollegen sein oder das Gefühl in der Ausbildung nicht alles zu lernen. Zunächst würden die Jugendlichen meist mit einer einfachen Frage zu ihr kommen, später stellt sich dann oft heraus, dass es tieferliegende Probleme gibt.



Begleitung: Sonja Strache hilft Auszubildenden, die überlegen, abzubrechen.

Foto: Sasse

„Jugendliche brauchen in der Ausbildung Orientierung und feste Regeln“, meint die Bad Hersfelderin. Die Ausbildung sei eine schwierige Phase, da der Berufseinstieg für die Jugendlichen eine neue Situation ist. Gleichzeitig werden sie erwachsen. Probleme gibt es zum Beispiel, wenn den Jugendlichen nicht gesagt

wurde, dass sie ihr Handy nicht benutzen dürfen und sie dafür abgemahnt werden.

Gerade kleine und mittelständische Betriebe stehen bei der Ausbildung vor neuen Herausforderungen, sagt Strache. Nicht nur die reine Ausbildung sei wichtig, sondern auch ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen dem Jugend-

lichen und dem Ausbilder. Es gibt auch Jugendliche, die sich für den falschen Beruf entschieden haben. Sie haben mit dem Bewerben gewartet, bis die Schule vorbei war, dann mussten sie schnell etwas finden und nahmen was sie kriegen konnten.

Den Satz „Das mache ich nicht den Rest meines Lebens“ hört Strache besonders oft. Da kann sie beruhigen: „Das ist heute nicht mehr so.“ Wichtig sei nur, einen Anfang zu machen. Zu den Jugendlichen, die sie betreut hat, hält sie Kontakt.

„Es ist schön zu sehen und zu hören, wie es weiter geht“, meint sie. Einige der Jugendlichen seien fast zu Freunden geworden. Hätten sie einmal Vertrauen gefasst, kommen sie auch mit anderen Fragen zu ihr. Auch Betriebe können Strache bei Problemen ansprechen.

Kontakt: Sonja Strache, 06621/944135

Wurde beim Bau gemauschelt?

Flughafen Calden: Grüne wollen wissen, welche Rolle Ex-Minister Posch spielte

KASSEL/WIESBADEN. Die Landtagsfraktion der Hessischen Grünen vermutet, dass beim Bau des Flughafens Kassel-Calden möglicherweise gemauschelt wurde. Eine entsprechende Kleine Anfrage stellen jetzt die grünen Landtagsabgeordneten Karin Müller aus Kassel und Frank Kaufmann (Offenbach-Land) an die hessische Landesregierung.

Dabei hinterfragen sie vor allem die Rolle des ehemaligen Verkehrsministers Dieter Posch (FDP). Der sei bei der Kirchheimer Bickhardt Bau AG Aufsichtsrat gewesen. Bickhardt hatte in einer Bietergemeinschaft (unter anderem mit dem Kasseler Unternehmen Hermanns) die Ausschreibung sowohl für die Erdarbeiten als auch für die späteren Hochbauten des Flughafens gewonnen.



Dieter Posch

Die Grünen wollen nun unter anderem wissen, wann Posch Aufsichtsratsmitglied bei Bickhardt war und wer die Entscheidung getroffen habe, die Aufträge zu vergeben.

Nach Recherchen unserer Zeitung war Dieter Posch tatsächlich einmal Aufsichtsratsmitglied bei Bickhardt Bau. Nach Auskunft des Bauunternehmens war er das etwas über drei Jahre lang. Das Aufsichtsratsmandat habe Posch Anfang 2006 angetreten. Er sei im März 2009 als Aufsichtsratsmitglied ausgeschieden.

Das war über ein Jahr, bevor die Ausschreibungen für die Erdarbeiten im Sommer 2010 liefen. Im März 2011 fand der erste offizielle Spatenstich für den Flughafen statt.

Die Aufträge wurden europaweit ausgeschrieben. Für die Erdarbeiten hatten sich nach Informationen unserer Zeitung 15 Unternehmen beworben, mit sieben führte die Flughafen-Gesellschaft Gespräche. Aufträge wurden von deren Aufsichtsrat erteilt. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Flughafen-Gesellschaft war bis Ende 2010 Hessens früherer Finanzminister Karl-Heinz Weimar, dann folgte der jetzige Finanzminister Dr. Thomas Schäfer.

Dieter Posch hielt sich gestern in Berlin auf. Er war telefonisch nicht zu erreichen. (tho)



Die Grünen im Landtag vermuten, dass beim Bau in Calden gemauschelt wurde. Foto: Thiele

„Der Protest muss weitergehen“

120 Zuhörer bei Podiumsdiskussion zum Kinderförderungsgesetz in der Stadthalle

VON LASSE DEPPE

BAD HERSFELD. Die eindeutigsten Antworten gab es auf die letzte Frage des Abends: „Darf das Hessische Kinderförderungsgesetz dem aktuellen Vorschlag nach verabschiedet werden?“ – „Nein, ganz deutlich!“; „Das reicht so nicht!“, „Auf gar keinen Fall!“

Generell gab es kaum DisSENS bei der Podiumsdiskussion in der Bad Hersfelder Stadthalle. Zu einig waren sich die Erste Kreisbeigeordnete des Landkreises Elke Kühholz, Cornelia Holz, Leiterin der evangelischen Kindertagesstätte der Johanneskirche, Regine Haber-Seyfarth, Fachreferentin des Verbandes evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder im Diakonischen Werk, die Bürgermeister von Kirchheim und Alheim, Manfred Koch und Georg Lüttke, Pfarrer Holger Grewe, sowie Andreas Übermuth, Elternvertreter der evangelischen Kindertagesstätte Sankt Georg in Obersuhl.

120 Zuhörer waren gekommen, nicht nur um sich die Kritik an dem Gesetzesentwurf anzuhören, sondern auch um sich die möglichen – sehr komplexen – Änderungen von Experten erklären zu lassen. Zu der Veranstaltung hatten die Liga der Freien Wohlfahrtspflege und die evangelische Stadt- und Johanneskirchengemeinden eingeladen. Die Moderation hatte die freie Journalistin Petra Nagel übernommen, die wichtigsten Bestandteile des Gesetzesentwurfs stellte Julia Bröske, stellvertretende Amtsleiterin der evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck vor.

Dass es in der vergangenen Woche zu ersten Korrekturen an dem Entwurf durch die Landesregierung gekommen war, sei laut Elke Kühholz einzig den Erzieherinnen zu verdanken, die auf der Straße dafür



Waren sich einig: Petra Nagel, Andreas Übermuth, Manfred Koch, Cornelia Holz, Elke Kühholz, Georg Lüttke, Julia Bröske, Kurt Dörrbeck, Regine Haber-Seyfarth und Holger Grewe. (von links) Foto: Deppe

demonstriert hätten. „Und dieser Protest muss weitergehen“, sagte sie.

Besonders die Kernprobleme Stichtagregelung und kindbezogene Förderung erhitze die Gemüter. Durch die geplante Stichtagregelung nehme man den Erzieherinnen die Sicherheit, was sich auf die Qualität der Arbeit auswirken könnte, sagte Holger Grewe.

„Befristete Verträge täten mir weh. Auch die Erzieher müssen kalkulieren können, dann würde es auch wieder mehr Bewerber geben“, sagte er.

Weniger intensive Betreuung

Sollte mit Verabschiedung des Gesetzes von einer gruppen- auf eine kindbezogene Förderung umgeschwenkt werden, bestünde die Gefahr, dass

jede Kommune versuche am 1. März so viele Kinder wie möglich in den Kitas zu haben, sagte Kühholz. Cornelia Holz ergänzte: „Da werden wir für etwas bestraft, wofür lange gekämpft wurde: kleine Gruppen.“

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht erkannte Manfred Koch ganz andere Probleme. Momentan gebe es in der von der Gemeinde Kirchheim getragenen Kita 440 Stunden Arbeitszeit pro Woche. Nach der nun geplanten Förderung wären es rund 80 Stunden weniger pro Woche, was Stellenabbau und damit eine weniger intensive Betreuung für die Kinder bedeuten würde. Zudem müssten nach aktuellem Stand die Beiträge erhöht werden, da im Kirchheimer Haushaltsplan wegen der Schutzschirmmaßnahmen ein Drittel der Kita-Kosten – rund 230 000 Euro jährlich – durch Beiträge gedeckt werden müssen.

Aus Sicht der Eltern fasste Andreas Übermuth zusammen: „Wir müssen uns fragen, was wir wollen. Und das ist, dass es den Kindern gut geht. Wir wollen eine gute Pädagogik, aber nicht unter diesen Umständen.“ **HINTERGRUND**

HINTERGRUND

Das Kinderförderungsgesetz im Überblick

Das Hessische Kinderförderungsgesetz folgt einem Entwurf der Landesregierung von CDU und FDP und soll am 1. Januar 2014 in Kraft treten. Ein entsprechender Beschluss steht noch aus.

Hier die wichtigsten geplanten Änderungen:

- Die Zahl der Erzieher wird künftig pro Kind und nicht wie bisher pro Gruppe berechnet. Stichtag dafür ist jeweils der 1. März.

- Der neue Betreuungsschlüssel sieht eine optimale Personalausstattung nur bei maximaler Gruppengröße vor.

- Ein großer Aufreger wurde von der Landesregierung bereits korrigiert: Bis zu 20 Prozent fachfremdes Personal sollte in der Kinderbetreuung zum Einsatz kommen können. Nach heftiger Kritik und Demonstrationen zog die Landesregierung diesen Passus in ihrem Entwurf zurück. Die Erste Beigeordnete des Landkreises Elke Kühholz zeigte sich diesbezüglich erleichtert: „Das wäre ein Schlag ins Gesicht für alle pädagogischen Fachkräfte mit fünf Jahren Ausbildung gewesen“, sagte sie am Montag. (lad)